

Antrag

**der Abgeordneten David Stoop, Sabine Boeddinghaus, Cansu Özdemir,
Deniz Celik, Dr. Carola Ensslen, Olga Fritzsche, Norbert Hackbusch,
Stephan Jersch, Metin Kaya, Dr. Stephanie Rose, Heike Sudmann, Insa Tietjen
und Mehmet Yildiz (DIE LINKE)**

Betr.: Korruption bekämpfen, Vertrauen herstellen: Einkünfte von Abgeordneten offenlegen!

Mitten in der Corona-Krise, zu einem Zeitpunkt also, wo Bürger/-innen darauf vertrauen können sollten, dass Politiker/-innen im Interesse des Gemeinwohls handeln, wurde eben dieses Vertrauen durch die „Maskenaffäre“ schwer erschüttert. Abgeordnete der CDU und deren Umfeld haben persönlich von Maskendeals profitiert und diesen Interessenskonflikt nicht offengelegt. Die aktuell diskutierten Fälle stellen allerdings nur die Spitze eines grundlegenden Problems dar. Die Legitimität der Demokratie gerät in Gefahr, wenn auch nur der Verdacht entsteht, dass Politiker/-innen nicht im Interesse der Bürger/-innen, sondern ungenannter Geldgeber/-innen agieren. Um berechtigtes Vertrauen zu schaffen, ist es essenziell, transparent offenzulegen, in welchen finanziellen Abhängigkeitsverhältnissen Abgeordnete stehen und von wem Parteien finanziert werden.

Im Lobbyranking von Transparency International steht Hamburg in der unteren Hälfte des Ländervergleichs. Besonders schlecht schneidet die Hansestadt im Bereich der Anzeigepflicht von Einkünften der Abgeordneten ab. Mecklenburg-Vorpommern und Hamburg sind mithin die einzigen Bundesländer, in denen gar keine Offenlegungspflichten existieren.

In einem Teilzeitparlament wie der Hamburgischen Bürgerschaft ist angelegt, dass viele Abgeordnete neben ihrem Mandat weitere Einkünfte erzielen. Die berufliche Verankerung von Abgeordneten ist in der Bürgerschaft als Bürger/-innenparlament sogar gewollter Bestandteil des parlamentarischen Alltags. Es wäre allerdings verfehlt, aus dieser Tatsache abzuleiten, dass für die Hamburgische Bürgerschaft andere Offenlegungspflichten gelten müssten als für andere Landesparlamente. Vielmehr sollte auch in Hamburg transparent gemacht werden, welche Einkünfte Abgeordnete aus welchen Quellen beziehen, damit Bürger/-innen das Handeln der Politik auch vor dem Hintergrund möglicher Interessenskonflikte beurteilen können.

Die Bürgerschaft möge beschließen,

1. die Abgeordnetenprofile auf der Homepage der Hamburgischen Bürgerschaft um eine Kategorie „Einkommenstransparenz“ zu ergänzen und die Abgeordneten der Bürgerschaft schriftlich dazu aufzufordern, dort Informationen zu ihren Einkünften einzustellen.
2. einen Vorschlag für eine rechtliche Regelung zu erarbeiten, die Abgeordnete verpflichtet, zusätzliche Einkünfte, die 40.000 Euro im Jahr überschreiten, unter Nennung der Quelle offenzulegen.

3. rechtlich zu prüfen, wie eine Offenlegungspflicht der Einkünfte von Abgeordneten der Hamburgischen Bürgerschaft so gestaltet werden kann, dass sie mit eventuell bestehenden vertraglichen Verschwiegenheitsverpflichtungen vereinbar ist.
4. Der Senat wird aufgefordert, die Einkünfte der Senatsmitglieder, die über das Senatoren-/innengehalt hinausgehen, vorzulegen.